

NATIONALRAT
Wintersession 2021

Fragestunde vom 13. Dezember 2021

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement des Innern

21.8105 Bircher. Stat. Darstellung der sogenannten "Häuslichen Gewalt" im Zusammenhang mit der Nationalität, der Beziehung, dem Aufenthaltsstatus usw. beschuldigter Personen

Gemäss der PKS Erfassungshilfe wird die Nationalität, der Geburtsort, der Aufenthaltsstatus sowie (teilweise) die Geschädigten-Beschuldigten-Beziehung bei beschuldigten Personen erfasst.

- Welches sind die aktuellsten statistischen Daten im Zhg. mit der häuslichen Gewalt (vgl. Kap. 2.7 Erfassungshilfe), aufgeschlüsselt nach StGB-Art., der Beziehung im häusl. Kontext, Nationalität, Geburtsort und Aufenthaltsstatus der beschuldigten Personen?
- Wie war die Entwicklung in den letzten Jahren?

21.8113 Suter. Warum macht der Bundesrat nicht endlich von seiner Kompetenz Gebrauch und ergreift die nötigen Covid-Massnahmen an den Schulen, um die Kinder, die Lehrpersonen und deren Angehörige wirksam zu schützen?

Die Kantone versagen momentan bei Schutz der Kinder, diese werden durchseucht - und mit ihnen ihre Familien und Lehrpersonen. Der Bundesrat hätte die Macht, auch an den Schulen schweizweit einheitliche Gesundheitsschutzmassnahmen wie Pooltesting, Maskenpflicht, CO2-Sensoren und Luftfilter anzuordnen. Er hat aber diese Kompetenz in der Covid-Verordnung an die Kantone delegiert.

Warum streicht der Bundesrat Artikel 2 Absatz 2 nicht und macht von seiner Kompetenz Gebrauch?

21.8136 Prezioso. Kampf gegen Covid-19: Mit welcher Politik will der Bund den Schutz an den Schulen gewährleisten?

Seit Ende November steigt die Infektionsrate bei den bis 19-Jährigen in der Westschweiz stetig an. Trotzdem wurde keine nationale Politik eingeführt und einige Kantone lehnen die minimale Präventionspolitik (Tests, Quarantäne) ab, lassen das Virus zirkulieren und gefährden so die Schwächsten. Die Auswirkungen von Covid-19 auf Kinder können schwerwiegend sein.

Müsste der Bundesrat nicht dringend Massnahmen ergreifen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen?

21.8192 Brunner. Raus aus dem Blindflug: Was kann und will der Bundesrat beitragen gegen die unglückliche Rolle von Bildungseinrichtungen als Pandemiebeschleuniger?

Bei zunehmender Durchseuchung machen sich Familien mit gefährdeten Angehörigen (z.B. Immunsupprimierte) nachvollziehbare Sorgen, ob ihr Nachwuchs nach den Feiertagen Covid in die Familie einschleppt. Denn vielerorts agieren Verantwortliche noch immer reaktiv statt proaktiv.

So werden Fachempfehlungen und positive Erfahrungen mit regelmässigen Pooltests ebenso ignoriert wie jene zu Qualitätssicherung der Raumluft beispielsweise mit dem kostengünstig überwachbaren Indikator CO2 ('Luftampel').

21.8118 Grüter. 5-mal höhere Impfpreise: Wie begründet der Bundesrat diese massive Preissteigerung? Was zahlt der Bund den Impferstellern?

Der Bundesrat hat den Kantonen und Krankenkassen per Schreiben mitgeteilt, dass der Preis für Impfstoffe im kommenden Jahr massiv erhöht wird: von 5 auf 25 Franken.

- Wie begründet er diesen 5-mal höheren Preis?
- Wie viel bezahlt der Bund heute den Herstellern? Aufgelistet nach Herstellern.
- Wie viel bezahlt der Bund ab kommendem Jahr den Herstellern? Aufgelistet nach Herstellern.
- Von welchen Mehrkosten für die Krankenkassen geht der Bundesrat aus?

21.8164 de Courten. Covid-19: Impfkosten zu Lasten der OKP

Der Bundesrat hat vor kurzem kommuniziert, dass die Impfkosten zu Lasten der OKP von 5 Franken auf 25 Franken erhöht werden (Verfünffachung des Preises).

- Wie lässt sich diese Preisentwicklung rechtfertigen?
- Wurden diese Kosten in die genehmigten Prämien 2022 eingerechnet?
- Wenn nein, was hat das für Auswirkungen für 2022 und für die Prämienrunde 2023?

21.8122 Weber Céline. Mögliche psychische Konsequenzen der Quarantäne für Kinder

Seit Beginn der Pandemie sind zahlreiche Kinder als sogenannte "Kontaktpersonen" in Quarantäne geschickt und in ihre Zimmer eingeschlossen worden, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen.

Wenn man bedenkt, dass das Virus bei Kindern zu weniger starken Verläufen führt und die Intensivbetten hauptsächlich von ungeimpften Erwachsenen belegt werden, ist es dann gerecht, den Kindern psychische Konsequenzen aufzubürden, wo das wirkliche Problem doch das verantwortungslose Verhalten einiger Erwachsener ist?

21.8126 Feller. Rechnungslegungsverordnung Compenswiss: finanzielle Auswirkungen auf die AHV

Auf Seite 18 des erläuternden Berichts zur Rechnungslegungsverordnung Compenswiss, die sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet, schreibt der Bundesrat, dass der Gesamtaufwand der AHV nicht wesentlich steigen wird und dass die neuen Vorschriften keinen wesentlichen Einfluss auf den Beitrag, den der Bund an die AHV leisten muss (Art. 103 AHVG), haben werden.

- Um welche Beträge geht es?
- Wie stark wird der Bundesbeitrag an die AHV schätzungsweise steigen?

21.8127 Feller. Aufnahme der im Kaufpreis von Wertpapieren versteckten Gebühren in die Rechnungen der AHV: Inkraftsetzung des Entwurfs

Die Rechnungslegungsverordnung Compenswiss, die sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet, ist erstmals auf das Geschäftsjahr 2025 anwendbar. Laut dem Bundesrat hat die Compenswiss dem Verordnungsentwurf vorgegriffen und bereits ein Konzept ausgearbeitet, das es ermöglicht, gegenwärtig im Kaufpreis von Wertpapieren versteckte Gebühren als Vermögensverwaltungskosten auszuweisen (Frage 21.8006). Auf welches Geschäftsjahr ist das von Compenswiss bereits ausgearbeitete Konzept erstmals anwendbar?

21.8128 Feller. Berechnung des Bundesbeitrags an die AHV: Was ist mit den Ausgaben in Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung der AHV?

Am 17. November 2021 gab der Bundesrat an, dass die Ausgaben in Zusammenhang mit der Anlage des Vermögens der AHV nicht in die Berechnung des Bundesbeitrags an die AHV einfließen dürfen (Motion 21.4172). Mit der Rechnungslegungsverordnung Compenswiss, die sich seit dem 3. November 2021 in der Vernehmlassung befindet, sollen jedoch alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Anlage des Vermögens der AHV bei der Berechnung dieses Beitrags berücksichtigt werden (Frage 21.8006). Was ist nun mit diesen Ausgaben?

21.8130 Fridez. Lachgas als Partydroge: ein Risiko, das sich zu bestätigen scheint

Letzten Monat kam es in der Nähe von Basel zu einem schlimmen Verkehrsunfall mit einem Todesopfer und vier Verletzten. Nach Presseangaben könnte die Unfallursache in Zusammenhang mit dem Konsum von Lachgas als Partydroge stehen. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, wäre der Bundesrat dann bereit, seine Schlussfolgerung in der Interpellation 20.4564 zu überdenken und (präventive) Massnahmen zu ergreifen, um dem Problem zu begegnen?

21.8148 Heimgartner. Kabotage während nationaler Impfwoche

Anlässlich der Beantwortung der Vorstösse Nr. 21.7990, 21.7991 und 21.8090 stellen sich folgende weiteren Fragen:

1. Erachtet es der Bundesrat angesichts der angeblich nicht verfügbaren Bussen mit Liegemöglichkeiten als angemessen, das Gesetz zu brechen?
2. Ist er bereit, nach Beendigung der Abklärungen durch das Bundesamt für Verkehr und die Eidgenössische Zollverwaltung, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren?
3. Wann ist mit den Resultaten zu den Abklärungen zu rechnen?

21.8165 Imark. Kabotage beim BAG (2)

In der Antwort auf die Vorstösse Nr. 21.7990, 21.7991 und 21.8090 schreibt der Bundesrat: "Entsprechende Busse stehen offenbar in der Schweiz nicht zur Verfügung, sie mussten in der Folge von einem Subunternehmen in Deutschland organisiert werden."
 - Bedeutet diese Aussage, dass wegen der Verfügbarkeit von Material die geltenden Gesetze stets relativiert werden können?
 - Wie informiert der Bund die Öffentlichkeit über die verbotenen Kabotage-Transporte, wenn seine Abklärungen abgeschlossen sind?

21.8227 Imark. Kabotage beim BAG (3)

Im Anschluss an die Beantwortung der Vorstösse Nr. 21.7990, 21.7991 und 21.8090 stellt sich folgende weitere Frage:
Wurde für die verbotenen Kabotage-Transporte im Rahmen der Impf-Offensive eine Spezialbewilligung eingeholt?

21.8150 Gysi Barbara. Abschaffung leidensbedingter Abzug bei der IV: Wie hat der RAD qualitative Faktoren zu berücksichtigen?

Der Bundesrat hat in Antwort 21.8074 ein Beispiel gegeben, bei dem der RAD das quantitative Element der Arbeitszeit berücksichtigen kann. Der abgeschaffte leidensbedingte Abzug beschäftigte sich aber auch mit qualitativen Faktoren. Wie wird der RAD bei der Invaliditätsbemessung zukünftig qualitative Einschränkungen berücksichtigen, z.B. dass eine Person stets und überall für jeden Arbeitsschritt eng angeleitet werden muss (z.B. Gärtnerarbeiten bei Kundin) oder dass keine Teamarbeit möglich ist?

21.8152 Steinemann. Personen welcher Nationalität verüben Vergewaltigungen (III)

Das BFS sei nicht in der Lage, die Nationalität von Vergewaltigern anzugeben, so 21.7876. Ein mehrstündiges Schlichtungsverfahren einer Journalistin gegen das BFS aufgrund der bundesrätlichen Antwort brachte ans Licht, dass der Bund diese Daten besitzt, sie jedoch aus angeblichen Datenschutzgründen nicht herausrücken will. Die Antwort des Bundesrates war also nicht korrekt.
Warum hat er in der Anfrage der Schreibenden falsche Gründe angegeben?

21.8153 Steinemann. Personen welcher Nationalität verüben Vergewaltigungen (IV)

Entgegen Antwort 21.7876 verfügt das BFS über die Nationalitäten von Vergewaltigern. Fallzahlen von unter 4 seien zu klein, um eine Belastungsrate zu berechnen, sonst seien Rückschlüsse auf Verurteilte möglich.
- Wie viele Personen sind in den letzten 10 Jahren wegen Vergewaltigung verurteilt worden?
Wie viele davon waren Ausländer?
Es sind nur Staatsangehörigkeiten mit mindestens 4 Tätern in diesen 10 Jahren anzugeben:
- Wie viele Personen welcher Nationalität wurden in diesem Zeitraum verurteilt?

21.8154 Steinemann. Verwaltungsrechtlicher Vertrauensschutz für Zertifikate

Die Antwort auf 21.8061 ist ungenau, deshalb ein konkretes Beispiel: Bürger X hat am 15. August 2021 die zweite Impfung gegen Corona erhalten. Sein Zertifikat ist demzufolge bis am 14. August 2022 in der Schweiz gültig.
Kann der Staat dieses Zertifikat bezüglich Dauer der Gültigkeit verkürzen?

21.8182 Bircher. Änderungen Zertifikatsdauer für Geimpfte respektive Alter

- Hat der Bundesrat die Absicht die Dauer des Zertifikats für Geimpfte analog einiger EU Länder auf z.B. neun Monate zu kürzen?
- Hat er die Absicht die Altersgrenze (16 Jahre) der Zertifikatspflicht nach unten anzupassen auch im Hinblick auf eine mögliche Freigabe der Kinderimpfung?

21.8155 Locher Benguerel. Tabellenlöhne: Wie sieht der konkrete Zeitplan aus?

Gemäss Antwort 21.8014 soll die vertiefte Abklärung der Tabellenlohn-Problematik mit dem Forschungsprogramm erfolgen. Weiter heisst es, dass die Arbeiten umgehend beginnen. Zudem steht, dass eine Datengrundlage von 2 Jahren ab Start IV-Weiterentwicklung benötigt wird. Tabellenlöhne werden schon seit Jahren erfasst und das Problem ist ebenso lange bekannt.

- Auf wann plant der Bundesrat konkret, dass ein neuer Vorschlag stehen wird?
- Könnte mit Hilfe des BFS zeitnah ein Vorschlag gemacht werden?

21.8158 Weichelt. IV-Tabellenlöhne: Wird das Total bei der LSE-Tabelle nicht doch aus den einzelnen Branchen berechnet?

Auf meine Frage 21.8091 hat der Bundesrat nur auf das Total hingewiesen.

- Bestätigt der Bundesrat, dass dieses Total aus Werten einzelner Branchen gebildet wird?
- Und bestätigt er weiter, dass für das Total in der niedersten Kompetenzstufe somit auch die Mediane der Branchen Versicherungen (Männer 13 739 CHF, Frauen 8333 CHF), Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen (Männer 10 502 CHF, Frauen 7125 CHF), Tabakverarbeitung (Männer 8359 CHF) und Energieversorgung (Männer 7867 CHF) verwendet werden?

21.8159 Studer. Separate Verkaufsstellen für Alkohol - ein Zukunftsmodell?

Lebensmittelläden ohne Alkohol sind wichtig für Menschen mit einem Alkoholproblem. Idealerweise hat ein Schweizer Grossverteiler mit flächendenkendem Filialnetz bisher auf den Alkoholverkauf verzichtet. Nun überlässt er den Regionen die Entscheidung, ob sie Alkohol verkaufen wollen.

- Hat der Bundesrat die Vor- und Nachteile von separaten, allenfalls staatlichen Alkoholverkaufsstellen, wie es sie in anderen und diversen Ländern bereits gibt, geprüft?
- Wie beurteilt er die Situation?

21.8161 de Courten. Waldsperrungen bei Ausbruch der afrikanischen Schweinepest (1)

Gemäss Vernehmlassungsentwurf zur Tierseuchenverordnung könnten bei einem Ausbruch der afrikanischen Schweinegrippe grossflächige Waldschliessungen und Nutzungseinschränkungen vorgenommen werden.

- Nach welchen Kriterien werden gemäss dem Entwurf der TSV Artikel 121 Absatz 2ter Ausnahmen für "unerlässliche" Forstarbeiten Ausnahmen gewährt?
- Gehört hier die Aufforstung sowie die Pflege der Schutzwälder dazu?

21.8162 de Courten. Waldsperrungen bei Ausbruch der afrikanischen Schweinepest (2)

Gemäss Vernehmlassungsentwurf zur Tierseuchenverordnung könnten bei einem Ausbruch der afrikanischen Schweinegrippe grossflächige Waldschliessungen und Nutzungseinschränkungen vorgenommen werden.

Wie soll bei grossflächigen und längeren Waldsperrung die Schweizer Holznachfrage (Holzbauten, Heizen mit Holz) gedeckt werden?

21.8163 de Courten. Waldsperrungen bei Ausbruch der afrikanischen Schweinepest (3)

Gemäss Vernehmlassungsentwurf zur Tierseuchenverordnung könnten bei einem Ausbruch der afrikanischen Schweinegrippe grossflächige Waldschliessungen und Nutzungseinschränkungen vorgenommen werden (bis zu 2 Jahre).

- Was geschieht mit dem öffentlich-rechtlich angestellten Personal (inkl. Lernende) der betroffenen Forstreviere (Bürgergemeinden und Korporationen), welches dann während 12-24 Monaten nicht im Wald arbeiten kann?
- Sieht der Bundesrat konkrete Kompensationsmassnahmen vor?

21.8167 Regazzi. Jugendgewalt nimmt zu: ein besorgniserregendes Phänomen

Das Phänomen der Jugendgewalt ist immer öfter in den nationalen Nachrichten. Es kommt immer häufiger zu Zwischenfällen, die mitunter in schlimme Bluttaten ausarten. Ich frage den Bundesrat:

1. Gibt es Zahlen, welche die Zunahme der Jugendgewalt mit der Pandemie in Verbindung bringen?
2. Welche Massnahmen beabsichtigt der Bundesrat zu treffen, um diesem besorgniserregenden Phänomen zu begegnen?

21.8168 Birrer-Heimo. Zulassung und Beschaffung vielversprechender Covid-19-Medikamente

Am 22. Oktober 2021 hat die EU-Kommission eine Liste der zehn vielversprechendsten Medikamente gegen Covid-19 veröffentlicht: Ronapreve, Xevudy, Evusheld, Molnupiravir, PF-07321332, AT-527, Actemra, Kineret, Olumiant und Lenzilunab.

- Wie beurteilt der Bundesrat die Entwicklung dieser Medikamente?
- Was unternimmt er, damit diese möglichst bald zugelassen, beschafft und für die Behandlung von Covid-Patienten verwendet werden können?

21.8169 Birrer-Heimo. EU-Zulassung für Covid-19-Medikament Regkirona

Am 12. November 2021 wurde die EU-Zulassung für zwei Medikamente gegen Covid-19 (Ronapreve und Regkirona) erteilt. Ersteres hat der Bundesrat am 14. April 2021 in den Anhang 5 der Covid-19-Verordnung 3 aufgenommen, es kann entsprechend bereits für die Behandlung von Covid-Patienten verwendet werden.

- Was ist der aktuelle Stand beim Arzneimittel Regkirona?
- Was unternimmt der Bundesrat, um die Behandlung von Covid-Patienten mit Regkirona zu ermöglichen?

21.8170 Birrer-Heimo. Indikationserweiterung für die Behandlung von Covid-19

Neben Neuentwicklungen kommen für die Behandlung von Covid-19 auch bewährte, für andere Anwendungen bereits zugelassene Medikamente infrage.

- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass erfolgsversprechende Therapien mit bereits zugelassenen Arzneimitteln umgehend auch für die Behandlung von Covid-19 zur Verfügung stehen?
- Was unternimmt er, wenn Hersteller solcher Medikamente keine Indikationserweiterung anstreben?

21.8173 Herzog Verena. ADHS-Kindern im Schulunterricht gerechter werden, um Ritalin-Therapien auf ein Minimum reduzieren zu können

In der Antwort des Bundesrates auf 20.5716 "Dauerproblem der Ritalin-Verabreichung an Kindern endlich zu entschärfen" hat der Bundesrat in Aussicht gestellt, dass das Bundesamt für Gesundheit das Gespräch mit der EDK aufnehmen werde, um eine systematische Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen.

1. Sind diese Gespräche unterdessen erfolgt und was sind die konkreten Ergebnisse?
2. Was sind die genauen Inhalte der entsprechenden Aus- und Fortbildungsmodule?

21.8176 Birrer-Heimo. Verhinderung und Sanktionierung von Doppelverrechnungen

Wie der Bundesrat in der Antwort auf die Frage 21.8075 erläutert hat, ist es unzulässig und strafbar, eine Leistung doppelt über die Kranken- und Unfallversicherung abzurechnen. Gemäss Meldungen von Patienten und Patientinnen kommt dies aber vor.

- Wie wird sichergestellt, dass solche Doppelverrechnungen erkannt und verhindert und die fehlbaren Leistungserbringer zur Rechenschaft gezogen werden?
- An wen können sich Betroffene wenden?

21.8177 Feri Yvonne. Wie wird der Vollzug der neuen Aufgabe des RAD evaluiert?

Gemäss Antwort 21.8048 wird die Wahrnehmung der neuen Aufgabe des RAD (Art. 49 Abs. 1bis IVV) über Weisungen und Schulungen sichergestellt.

- Wird auch evaluiert, ob der RAD die Aufgabe tatsächlich wahrnimmt?
- Und wird z.B. durch systematische Erfassung evaluiert, in wie vielen Fällen und in welchem Umfang der RAD Abschlüsse bei der ärztlich bzw. gutachterlich attestierten Arbeitsfähigkeit vornimmt?

21.8179 Lohr. Werden Gelder des Tabakpräventionsfonds für die JA-Kampagne der Volksinitiative "Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung" verwendet?

Parlament und Bundesrat lehnen die Volksinitiative "Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung", die am 13. Februar 2022 zur Abstimmung kommt, ab und haben dieser einen Gegenvorschlag (das TabPG) gegenüber gestellt. Hinter der Initiative stehen Organisationen, deren Projekte u.a. durch den vom BAG verwalteten Tabakpräventionsfonds (TPF) unterstützt werden.

Kann der Bundesrat garantieren, dass keine Gelder aus dem TPF in die Kampagne für die Volksinitiative fliessen?

21.8180 Porchet. Irreführende Werbung für IQOS. Wie soll darauf reagiert werden?

In der Sendung "Mise au point" (RTS) vom 7. November 2021 hat ein Sprecher von Philipp Morris behauptet, dass IQOS "weniger schädlich" sei als die Zigarette; er fügte an, die geringere Schädlichkeit sei durch die US-amerikanische Food and Drug Administration (FDA) belegt. Diese Behauptung von Philipp Morris entbehrt nicht nur jeglicher Grundlage, sondern die FDA hat Philipp Morris sogar ausdrücklich untersagt, zu behaupten, dass deren Produkt weniger schädlich sei.

Wie steht der Bundesrat zu dieser Werbebotschaft, die in den USA nicht zulässig wäre?

21.8183 Bircher. Impfdurchbrüche bei Personen über 70 Jahren

Bei der Bevölkerungsgruppe Ü70 Jahren liegen heute mehr geimpfte als ungeimpfte Personen im Spital.

Welche Lehren zieht der Bundesrat aus diesen Impfdurchbrüchen in Hinblick auf weitere Nachimpfungen?

21.8184 Bircher. Hospitalisierungen unbekannter Impfstatus

Das BAG Dashboard weiss bei Hospitalisierungen die Kategorie "Impfstatus unbekannt" aus.

Wie ist das überhaupt möglich, da die Impfungen über die Krankenkasse abgerechnet werden und es in der Schweiz ein Obligatorium gibt, sollte jedes Spital in der Lage sein den Impfstatus auch zu benennen?

21.8185 Roth Pasquier. Erwägt der Bundesrat Entschädigungen für schwere Komplikationen nach Covid-19-Impfungen?

Mehr als 10 000 Australierinnen und Australier fordern vom Staat eine Entschädigung, weil sie nach einer Covid-19-Impfung beachtliche Nebenwirkungen hatten. In der Schweiz sind 10 386 Meldungen eingegangen über unerwünschte Nebenwirkungen, die mutmasslich auf die Covid-19-Impfung zurückgehen; in 35 Prozent der Fälle kam es zu schwerwiegenden Nebenwirkungen. Komplikationen nach einer Impfung mit experimentellen Impfstoffen werden von den Versicherungsverträgen aber nicht abgedeckt.

Beabsichtigt der Bundesrat, diese Fälle allenfalls zu entschädigen?

21.8186 Masshardt. Warum erlässt das BLV eine Weisung an die Kantone zum Umgang mit Chlorothalonil-Metaboliten und empfiehlt ihnen gleichzeitig, die notwendigen Massnahmen "zurückhaltend" umzusetzen?

In seiner Antwort auf die Interpellation 21.4324 schreibt der Bundesrat, mit dem Zwischenentscheid des BVGer bezüglich Chlorothalonil-Metaboliten im Trinkwasser seien "weder die Weisung noch der Höchstwert ausser Kraft gesetzt worden".

- Was besagt diese Weisung 2020/1 des BLV genau und bis wann muss sie umgesetzt sein?

- Welche Überlegungen stecken hinter den Empfehlungen des BLV an die Kantone, die eigene Weisung "zurückhaltend" umzusetzen?

21.8188 Masshardt. Lohnfortzahlung bei Eltern mit Betreuungsaufgaben, wenn Kinder in Isolation oder Quarantäne sind

Die Betreuungssituation in Familien spitzt sich mit den zunehmenden Corona-Fallzahlen zu. Zunehmend müssen Kinder in Quarantäne/Isolation und folglich daheim betreut werden. Ungeimpfte Eltern werden mit ihren Kindern in Quarantäne geschickt, geimpfte Eltern nicht.

- Können alle Eltern - unabhängig vom Impfstatus - ihren dringenden Betreuungspflichten von Kindern in Isolation/Quarantäne ohne Lohneinbussen nachkommen?

- Was sind die rechtlichen Grundlagen?

- Wer ist für die korrekte Anwendung zuständig?

21.8191 Schilliger. Revision der Leerwohnungsstatistik

Der Bundesrat hat im Mai 2019 auf meine Ip. 19.3325 "Differenzen bei der Leerstandsquote auf dem Wohnungsmarkt" auf das Jahr 2021 eine Machbarkeitsstudie und eine Bedürfnisabklärung angekündigt.

Das Jahr 2021 endet bald, deshalb meine Fragen:

1. Liegen die Ergebnisse der Bedürfnisabklärung und der Machbarkeitsstudie vor?
2. Wen hat das Bundesamt für Statistik für die Erstellung involviert?
3. Wann werden die Ergebnisse veröffentlicht?
4. Welche Erkenntnisse zieht der Bundesrat daraus?

21.8194 Python. Wie geht der Bundesrat bei der Durchführung des Pestizidmonitorings vor?

Auf meine Frage 21.7892 antwortete der Bundesrat, dass das Human-Biomonitoring-Projekt in der Schweiz es dem Bundesamt für Gesundheit ermöglicht, allfällige Sicherheitsmängel im Bereich der Pflanzenschutzmittel sowie auch für andere Kategorien von Chemikalien aufzudecken.

- Wie führt der Bundesrat dieses Monitoring genau durch?
- Seit wann?
- Welche Berichte wurden auf der Grundlage dieser Arbeiten verfasst?

21.8199 Imark. Vergabe-Praxis bei der Impf-Offensive

Im Anschluss an die Beantwortung der Vorstösse Nr. 21.7990, 21.7991 und 21.8090 stellen sich weitere Frage zur Impf-Offensive:

1. Trifft es zu, dass der Auftrag an eine deutsche Unternehmung vergeben wurde, ohne Ausschreibung?
2. Wie hoch war(en) die Auftragssumme(n) und wie beurteilt der Bundesrat die Vergabe-Praxis, hinsichtlich des geltenden Rechts?

21.8202 Roduit. Grosse Sportanlässe im Freien

Die Organisatoren grosser Sportanlässe, insbesondere der Ski-Weltcup-Rennen im Januar (Lauberhorn, Crans-Montana), sind zurzeit sehr besorgt, was eine allfällige 2G-Pflicht für den Zutritt zum Aussenbereich des Zielgeländes angeht.

Gedenkt der Bundesrat, die Organisatoren angesichts des sehr geringen Risikos, dass es im Freien zu einer Übertragung des Coronavirus kommt, diesbezüglich zu beruhigen?

21.8204 von Siebenthal. Virenlast nachweisen?

Es ist bekannt, dass Coronaviren durch Ungeimpfte, Geimpfte und Genesene weitergetragen werden können.

Warum müssen bei der Zertifikatspflicht nur Ungeimpfte über ihre Virenlast Auskunft geben?

Nach aktuellen Erkenntnissen weiss man, dass Viren auch durch Geimpfte und Genesene weitergetragen werden können. Wissenschaftliche Erkenntnisse oder auch neue Erkenntnisse sollten auf dem Weg aus der Pandemie berücksichtigt werden. Trotzdem muss sich mit der Zertifikatspflicht nur der Ungeimpfte über seine Virenlast rechtfertigen und dies je nach Testart täglich.

21.8205 von Siebenthal. Der Impfbooster kann nicht die Lösung für die Pandemie sein

Aktuell wurde und wird in der Schweiz die Impfung sehr stark gefördert; ja mit der Zertifikatspflicht geht es für viele Bürgerinnen und Bürger in Richtung unausgesprochenen Impfwang. In diesem Zusammenhang ist die Aussage von Christoph Berger, Präsident der Impfkommision bemerkenswert. Aussage von Christoph Berger Präsident der Impfkommision (Berner Zeitung Mitte November): "Der Booster kann nicht die Lösung für die Pandemie sein. Das Virus werden wir so nicht los".

Welchen Plan B hat der Bundesrat, um diese Erkenntnis von Christoph Berger in den bundesrätlichen Folgemassnahmen gebührend zu berücksichtigen?

21.8206 Moret Isabelle. Covid-19-Tests. Zusammenarbeit gewisser Westschweizer Kantone mit grossen privaten Labors

Stimmt es, dass gewisse Westschweizer Kantone sich weigern, mit den grossen privaten Labors zusammenzuarbeiten?

- Ist das der Grund, wieso gewisse Westschweizer Kantone kein rasches Bereitstellen von PCR-Tests sicherstellen können und:

-- sie sich daher geweigert haben, die Gültigkeitsdauer bei PCR-Tests von 72 auf 48 Stunden zu reduzieren?

-- sie daher nicht imstande sind, PCR-Speichel-Tests ab dem ersten Ausbruch in einer Schulklasse durchzuführen?

21.8211 Moret Isabelle. Gültigkeitsdauer von PCR-Tests

Der Bundesrat hatte in Betracht gezogen, die Gültigkeitsdauer von PCR-Tests von 72 Stunden auf 48 Stunden zu beschränken, verzichtete jedoch auf Antrag von Westschweizer Kantonen darauf.

- Um welche Westschweizer Kantone handelt es sich?

- Welche Gründe haben diese Westschweizer Kantone angegeben?

21.8212 Moret Isabelle. Covid-Impfung für 5- bis 12-Jährige

In mehreren Ländern steht die Impfung für 5- bis 12-Jährige bereits zur Verfügung. Wann wird die Impfung von 5- bis 12-Jährigen für diejenigen, die dies wünschen, in der Schweiz angeboten?

21.8213 Moret Isabelle. Selbsttest bei Kindern

- Wie zuverlässig sind Selbsttests bei Kindern?

- Wie zuverlässig sind Selbsttests bei asymptomatischen Kindern?

21.8216 Moret Isabelle. Zukunft der Stiftung für Patientensicherheit 1/2

Die Änderung der finanziellen Grundlage der Stiftung für Patientensicherheit durch Artikel 58 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sowie die Einführung einer Eidgenössischen Qualitätskommission haben zu einer Neuorientierung der Stiftung und zum Rücktritt ihres Direktors geführt.

In Anbetracht der Frage 21.7927:

Sieht der Bundesrat einen Anlass, seine Analyse noch einmal zu überprüfen und Notfallmassnahmen zur Rettung der Stiftung vorzusehen?

21.8217 Moret Isabelle. Zukunft der Stiftung für Patientensicherheit 2/2

- Ist der Bundesrat bereit, die wissenschaftliche Autonomie der Stiftung zu verteidigen?
- Wie gedenkt der Bundesrat, die finanzielle Sicherheit der Stiftung wirklich dauerhaft zu gewährleisten und damit ihre nationale und internationale Anerkennung zu sichern?

21.8218 Moret Isabelle. Übernahme der Testkosten in Klassen, in denen eine Person an Covid-19 erkrankt ist

Wenn eine Person in einer Klasse positiv auf das Coronavirus getestet wurde:

- Übernimmt der Bund die Kosten der PCR-Speicheltests für die Mitschülerinnen und Mitschüler?
- Übernimmt der Bund die Kosten der zu Hause durchzuführenden Selbsttests für die Mitschülerinnen und Mitschüler?

21.8219 Moret Isabelle. Covid-19-Tests in Schulen

In einigen Kantonen vervierfachen sich die Corona-Fallzahlen bei den 10-12-Jährigen. Ist der Bundesrat der Ansicht:

- dass sich in den Schulen die ganze Klasse testen lassen muss, sobald eine Person positiv ist? Oder kann man in Ruhe abwarten, bis es einen zweiten Coronafall gibt?
- dass es genügt, wenn den Schülerinnen und Schülern ein Selbsttest ausgehändigt wird, der zu Hause freiwillig durchgeführt werden kann? Oder sollte ein PCR-Speicheltest in der Klasse durchgeführt werden?

21.8220 Riniker. Das Tragen von FFP2-Masken gezielt fördern

Eine neue Studie des Göttinger Max-Planck-Instituts geht davon aus, dass richtig getragene FFP2-Masken bis zu 75-mal besser vor einer Infektion schützen als die herkömmliche OP-Maske. In Österreich und in gewissen Bundesländern wie Bayern ist das Tragen von FFP2-Masken in sensiblen Bereichen vorgeschrieben (öffentlicher Verkehr, Pflege- und Spitalbereich).

Wie beurteilt der Bundesrat diese Entwicklungen und kann er sich vorstellen, das Tragen von FFP2-Masken in gewissen Bereichen zu empfehlen?

21.8221 Dandrès. Sind die Suva und ihre Mieterinnen und Mieter Opfer eines Mietbetrugs? (1/2)

In Genf werden einige Personen aus dem Immobiliengeschäft in Zusammenhang mit der Ausbeutung von Sans-Papiers strafrechtlich verfolgt. Sie sollen auch die Suva mit dem Verkauf des Gebäudes in der Avenue de Lignon 6 in Vernier betrogen haben. Durch einen "aufgeblähten" Mietspiegel soll es ihnen möglich gewesen sein, das Gebäude am 4. Mai 2020 für 30 520 000 Franken zu verkaufen, obwohl es am 22. Januar 2020 für 10 800 000 Franken gekauft worden war.

- Schwächt das System zur Bewertung und Überwachung der Anlagen der Suva?
- Falls ja, wie kann dem entgegengewirkt werden?

21.8222 Dandrès. Sind die Suva und ihre Mieterinnen und Mieter Opfer eines Mietbetrugs? (2/2)

In der Affäre um das Gebäude in der Avenue de Lignon 6 in Vernier hat die Suva offenbar Anklage wegen Betrugs und Urkundenfälschung gegen den Verkäufer erhoben.

Sollte die Suva vor Gericht erfolgreich sein, wird sie dann den Mietzins der Mieterinnen und Mieter dieses Gebäudes überdenken, um dem zu hohen Kaufpreis Rechnung zu tragen?

21.8225 Geissbühler. Corona Politik

1. Ist es nicht eine Bankrotterklärung unseres angeblich so vorbildlichen und teuren Gesundheitswesens, wenn es bei lediglich 264 Covid-Patienten auf der Intensivstation (per 07.12.21) bereits an seine Grenzen stösst und fragwürdig, wenn sich die Schweizer Corona-Politik ausschliesslich auf diesen Mangel an Intensivbetten abstützt?
2. Will der Bundesrat wirklich in Zukunft seine Entscheide für Corona-Massnahmen auf die 0,003 Prozent der Patienten in den Intensivstationen abstützen?

21.8226 Geissbühler. Corona Politik

1. Warum gedenkt man, 2G einzuführen (wurde bereits an vielen Orten eingeführt), wenn nun die Evidenz vorliegt, dass das Risiko Corona weiterzugeben bei Getesteten am kleinsten ist und damit diese 2G Massnahme absolut unlogisch ist?
2. Wie viele der Patienten mit einer Covid-19-Erkrankung und künstlicher Beatmung und Ernährung auf der Intensivstation konnten als Geheilte das Spital wieder verlassen?

21.8228 Imark. Schwindel bei Antikörper-Tests?

1. Wie kann es sein, dass ein Ehepaar ihre Covid-Zertifikate nach Durchführung von vier unabhängigen Antikörper-Tests bei zwei unterschiedlichen Laboren von einem Labor erhält und vom anderen nicht?
2. Welche Unterschiede im Verhältnis zu durchgeführten Antikörper-Tests und Ausstellung von Zertifikaten gibt es zwischen einzelnen Laboren?
3. Wie stellt der Bund sicher, dass die Durchführung von Antikörper-Tests sowie die Interpretation der Ergebnisse möglichst einheitlich durchgeführt werden?

21.8232 Rösti. Medikamentenbeschaffung gegen die Covid-Erkrankung

Neben Impfungen könnten orale Medikamente gegen COVID-19 in der Schweiz bald eine Rolle spielen. Gemäss einer Information mir gegenüber hat das BAG bei der Firma MSD bis zu 8640 Behandlungen reserviert.

- Ist diese Auskunft korrekt?

Wie will das BAG die aktuelle Pandemiesituation mit 8640 oralen Behandlungen signifikant beeinflussen?

Wird dies ausreichen?

Die 8640 Behandlungen werden schnell aufgebraucht sein.

- Wie stellt das BAG die Verfügbarkeit genügender oraler Medikamente sicher?

21.8233 Hess Lorenz. Importhürden für Medizinprodukte: sich abzeichnende Versorgungsproblematik

Die revidierte Medizinprodukteverordnung stellt hohe Importhürden auf. Eine Umfrage des Branchenverbands Swiss Medtech vom November 2021 ergibt, dass sich für die zweite Jahreshälfte 2022 eine Versorgungsproblematik abzeichnet: Bis zu 26 Prozent der heute in die Schweiz importierten Medizinprodukte im Warenwert von CHF 1,5 Milliarden könnten fehlen. Die Leidtragenden werden die Patientinnen und Patienten in der Schweiz sein. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen?

21.8243 Büchel Roland. Werbung für die Impfkampagne: Wer bekommt wie viel Geld?

Wie viel bezahlte der Bund in den Jahren 2020 und 2021 für Impf- und andere "Covid"-Kampagnen direkt oder indirekt (z.B. über die Kantone, Werbebüros, etc.) an Publikationen von

- a. SRG SSR;
- b. TX Group AG;
- c. CH Media;
- d. Ringier;
- e. NZZ-Mediengruppe;
- f. AZ-Medien;
- g. Gruppo Corriere del Ticino;
- h. ESH Médias;
- i. Somedia;
- j. weiteren Medien?

21.8244 Büchel Roland. Wie viele Personen werden durch die Covid-19 Task-Force beschäftigt, und welche Kosten entstehen dadurch dem Bürger?

- Wie viele Personen werden durch die Task-Force direkt oder indirekt beschäftigt?
 - Welche Kosten werden dadurch verursacht?
 - Aus welchen Mitteln werden diese Ausgaben finanziert?
 - Existieren Pläne oder Absichten, die Task-Force, deren Funktion, Strukturen und Finanzierung in das ordentliche Recht und in den ordentlichen Bundeshaushalt zu überführen?
- Wenn ja, weshalb und mit welcher Funktion?

21.8247 Bertschy. Mutual Recognition Agreement (MRA) zwischen Schweiz und EU nicht mehr anwendbar: Was ist die Strategie des Bundesrats?

Der Verband Swiss Medtech berichtet in seiner Brancheninformation vom 30. November 2021, dass die Direktion des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und die Direktion der Aufsichtsbehörde Swissmedic bei einem Gespräch mitgeteilt hätten, "dass das Mutual Recognition Agreement (MRA) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) nicht mehr anwendbar sei.

Was ist die Strategie des Bundesrats?

21.8252 Moret Isabelle. Dritte Covid-Impfdosis

Einige Kantone geben an, dass sie bis Ende Januar allen, die dies wünschen, die dritte Impfdosis verabreichen werden können.

- Hält der Bundesrat diesen Zeitplan für ausreichend?
- Falls nicht, welche Massnahmen gedenkt er zu ergreifen?

21.8253 Barrile. Wie weiter nach dem Erfolg der HIV/STI-Testaktion im November?

Die Novemberaktion zur HIV/STI-Testung war ein grosser Erfolg. Die durchführenden Organisationen mussten zahlreiche testwillige Personen abweisen oder die Kosten für die zusätzlichen Tests selber berappen.

- Ist geplant, die entstandenen Mehrkosten zu vergüten?
- Wird das Budget für zukünftige Testaktionen so erhöht, damit keine Testwilligen mehr abgewiesen werden müssen?
- Was unternimmt das BAG, um den abgewiesenen Personen diese HIV/STI-Tests doch noch anbieten zu können?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

21.8121 Friedl Claudia. Politisch Gefangene in Belarus - Unrecht stoppen

Mittlerweile sind in Belarus 888 politische Gefangene unrechtmässig inhaftiert. Seit den gefälschten Wahlen im August 2020 werden die Stimmen der Zivilgesellschaft durch das Regime brutal unterdrückt. In den Jahren 2020 und 2021 wurden bereits mehr als 40 000 politisch motivierte Festnahmen gezählt und über 1800 Fälle staatlicher Folter dokumentiert.

- Wie wird der Bundesrat aktiv, um dieses Unrecht zu stoppen?
- Wie setzt sich die Schweiz für die Freilassung der Schweizerin Natallia Hersche ein?

21.8129 Molina. Menschenrechtsverletzungen durch den Schweizer Konzern Solway in Guatemala: Was tut die Schweiz?

Wegen eines Konflikts um die Nickelmine des Schweizer Konzerns Solway gilt in der Region El Estor in Guatemala der Ausnahmezustand. Die Polizei geht gewaltsam gegen die Proteste der Bevölkerung vor. Der Bundesrat hat schon 2020 in Antwort auf die Frage 20.5130 erklärt, dass Solway zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert wurde. Was tut der Bundesrat heute, um die Situation zu entschärfen und mit welchen Mitteln bringt er Solway dazu, Menschenrechte vor Ort zu respektieren?

21.8131 Tuena. Repatriierungen aus Syrien

Gemäss Medienberichten repatriierte das EDA zwei Mädchen im Alter von 9 und 15 Jahren aus Syrien in die Schweiz.

- Welche Voraussetzungen müssen gemäss dem Bundesrat erfüllt sein, damit er solche Repatriierungen aus Syrien durchführt?
- Sind weitere solche Repatriierungsaktionen geplant?
- Wie klärt der Bundesrat die generelle Risikolage für die Schweiz bei Repatriierungen aus Syrien ab?

21.8135 Tuena. Repatriierung von zwei Mädchen aus Syrien

Gemäss Medienberichten repatriierte das EDA zwei Mädchen im Alter von 9 und 15 Jahren aus Syrien in die Schweiz.

- Wie hat der Bundesrat die Lageanalyse bezüglich der Bedrohungslage der Mädchen durchgeführt?
- Was ist das Ergebnis dieser Analyse?
- Wie ist sichergestellt, dass die Mädchen bezüglich möglichem dschihadistischem Hintergrund in der Schweiz beobachtet werden?

21.8137 Prezioso. Schweiz-Kolumbien: Ist die Schweiz noch bereit, den Frieden in Kolumbien und anderswo zu fördern? (1)

Mitte November sollte Rodrigo Londoño, Vorsitzender der FARC-Partei Comunes und Unterzeichner des kolumbianischen Friedensabkommens, für ein Treffen mit Michelle Bachelet zu den Vereinten Nationen nach Genf reisen. Dieser offizielle Besuch fand nicht statt, da die Schweiz, obwohl sie selbst an den kolumbianischen Friedensverhandlungen beteiligt gewesen war, wenig geneigt war, die Bedingungen für den Besuch von Rodrigo Londoño zu schaffen.

Müsste die Schweiz, welche einen UNO-Hauptsitz beherbergt, nicht gewährleisten, dass internationale Begegnungen zur Friedensschaffung und Konfliktlösung stattfinden?

21.8138 Prezioso. Schweiz-Kolumbien: Ist die Schweiz noch bereit, den Frieden in Kolumbien und anderswo zu fördern? (2)

Mitte November sollte Rodrigo Londoño, Vorsitzender der FARC-Partei Comunes und Unterzeichner des kolumbianischen Friedensabkommens, für ein Treffen mit Akteuren der Zivilgesellschaft, Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie dem EDA zu den Vereinten Nationen nach Genf reisen. Er konnte die Reise nicht antreten, da die Bedingungen für seinen Besuch von den Schweizer Behörden nicht geschaffen worden waren.

Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass es sich hierbei um einen Rückschritt in seiner Politik zur Friedensförderung in Kolumbien handelt?

21.8156 Schneider-Schneiter. Roadmap zu künftigen Gesprächen zwischen der Schweiz und der EU

Aussenminister Cassis hat nach seinen letzten Gesprächen in Brüssel informiert, dass anlässlich des WEF im Januar 2022 ein Treffen mit EU-Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic stattfinden wird. Die EU erwartet seitens der Schweiz eine Roadmap, wie es mit den Gesprächen zur künftigen Beziehung weitergehen soll.

- Wie sieht diese Roadmap aus?
- Welche konkreten Vorschläge werden seitens der Schweiz unterbreitet.
- Hat der Bundesrat solche bereits beraten?

21.8171 Prezioso. Weitere Festnahme in Marokko: Muss die Schweiz nicht aktiver eingreifen, um die Menschenrechte zu verteidigen?

Am 25. November 2021 wurde Fatima Zahra Ould Belaid von der Polizei in ihrer Wohnung in Tanger festgenommen. Sie ist Aktivistin der ATTAC/CADTM Marokko, einer in der Schweiz und in Europa bekannten NGO. Diese weitere Festnahme ist Teil einer Politik der Unterdrückung jeder oppositionellen Stimme. Die MENA-Strategie sieht vor, dass die Schweiz die Menschenrechtssituation in der Region beobachten muss.

Müsste der Bundesrat angesichts dieser erneuten Menschenrechtsverletzung nicht seinen Botschafter zu Konsultationen zurückrufen?

21.8174 Walder. Unterstützt die Schweiz ein Moratorium für die Tiefseebergbauindustrie?

Bereits am Weltkongress der Weltnaturschutzunion (International Union for Conservation of Nature, IUCN) im vergangenen September hat sich das BAFU für ein Moratorium für die Tiefseebergbauindustrie ausgesprochen, um die Ökosysteme und die äusserst hohe Biodiversität der Meeresböden zu schützen.

Wird die Schweiz diese Haltung anlässlich der 26. Generalversammlung der Internationalen Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA), die vom 13. bis zum 15. Dezember 2021 in Kingston stattfindet, bekräftigen?

21.8175 Walder. Was unternimmt die Schweiz für die kulturellen und religiösen Rechte in Tibet?

Mit seinem Programm "eine Kultur - eine Sprache", das zwangsläufig dazu führt, dass Schulen, in denen auf Tibetisch unterrichtet wird, geschlossen werden, will Peking Mandarin bis 2035 zur einzigen in Tibet gesprochenen Sprache machen.

- Wie beurteilt die Schweiz die aktuelle Situation des Rechts auf Kultur der Tibeterinnen und Tibeter und was unternimmt sie, um ihre Rechte zu stärken?
- Wie steht die Schweiz zum Anrecht des tibetischen Volkes auf seine Religion, insbesondere zum Recht, die religiösen Oberhäupter frei wählen zu können?

21.8235 Arslan. Diplomatischer Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking

Am 4. Februar 2022 beginnen in China die Olympischen Winterspiele. Die USA hat angekündigt, keine offiziellen Vertreter hinzuschicken, ebenso Australien. Der Boykott wird mit den Menschenrechtsverletzungen z.B. an den Uiguren begründet. Zudem blockiert China oft den Menschenrechtsdialog.

- Wird die offizielle Schweiz an der Eröffnungsfeier dabei sein oder wird sich der Bundesrat dem Boykott anschliessen?
- Was gedenkt er zu unternehmen, um China auf seine Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen?

Justiz- und Polizeidepartement**21.8157 Glättli. Internat. Pakt über bürgerliche und politische Rechte ICCPR, Fakultativprotokoll betr. Individualbeschwerde: Was schliesst der Bundesrat aus dem SKMR-Bericht "Genf oder Strassburg? ..."?**

Die Schweiz hat das ICCPR Fakultativprotokoll nicht unterzeichnet. Sie verwies dazu 2013 beim UN-Menschenrechtsrat auf einen beim SKMR beauftragten Bericht und erwähnt, dass die "Debatte auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse fortgesetzt" werde. Unerwähnt blieb, dass der betr. Bericht schon 2012 vorlag.

- Warum?
- Hat die CH bei der UNO seither darauf Bezug genommen?
- Hat der Bundesrat den Bericht diskutiert?
- Welche Schlussfolgerungen zieht er zur Frage eines Beitritts zum betr. Fakultativprotokoll?

21.8166 Siegenthaler. Revision des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (AFZFG)

Die Revision des AFZFG (Aufhebung Gesuchseinreichungsfrist) ist am 1. November 2020 in Kraft getreten. Das bedeutet, dass alle Personen, die sich als Opfer gemäss AFZFG betrachten und bisher noch kein Gesuch eingereicht haben, dies jederzeit nachholen können.

- Warum wird diese Änderung nicht aktiver und betroffenenengerechter kommuniziert und somit auf die erneute Möglichkeit der Gesuchsstellung zeitlebens hingewiesen?
- Ist der Bundesrat bereit dies zeitgerecht zu tun?

21.8238 Arslan. Verstösse gegen Folterkonvention: Kommt eine Untersuchung im Fall Brian?

Viele Institutionen haben dieses Jahr im Fall Brian interveniert: Die UNO, die NKVF und Folteropfer-Organisationen. Das BGer allein hat die Haftsituation drei Mal scharf kritisiert. Trotzdem wurde bis heute nichts verändert.

- Was tut der Bundesrat, um sicherzustellen, dass die Schweiz in diesem Fall ihren Verpflichtungen, insb. FoK, nachkommt?
- Setzt er sich für eine unabhängige und möglicherweise auch strafrechtliche Untersuchung der erhobenen Folttervorwürfe ein, wie dies die FoK verlangt?

21.8245 Büchel Roland. Verweigern gewisse Kantone die Durchsetzung von Corona-Tests zwecks Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber zu Lasten der Steuerzahler?

In der Herbstsession 2021 wurde eine Änderung des AIG verabschiedet. Damit können Covid-Tests im Zusammenhang mit der Ausschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern durchgesetzt werden.

- Setzen alle Kantone um?
- Wenn nicht, welche Kantone verweigern die Umsetzung?
- Wie viele Schengen-Dublin-Fälle werden bis Ende 2022 aufgrund des Fristablaufs neu in den Verantwortungsbereich der Schweiz fallen?
- Welche Mehrkosten entstehen dadurch?
- Welche Kosten sind bis heute schon entstanden?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

21.8106 Schaffner. COP26 Erklärung zum Luftverkehr ohne die Schweiz?

An der COP26 wurde von 23 Ländern (ohne die Schweiz) eine Erklärung zum Luftverkehr unterzeichnet (<https://ukcop26.org/cop-26-declaration-international-aviation-climate-ambition-coalition/>). Man kann diese Erklärung, die auf CORSIA beruht, als zu wenig ambitioniert kritisieren. Dennoch ist es ein kleiner Schritt zu mehr Zusammenarbeit beim Klimaschutz im Zusammenhang mit dem Flugverkehr.
Wieso hat die Schweiz diese Erklärung nicht mitunterzeichnet?

21.8107 Wettstein. Giftwolke in Untervaz

Wer in Nähe eines Zementwerks wohnt, muss sich Sorgen um seine Gesundheit machen. So stiess etwa das Zementwerk in Untervaz 2018-2020 bis zum Vierfachen der erlaubten Dioxinmenge aus. 2019 und 2020 war bei diesem Werk auch der Quecksilberausstoss über der erlaubten Höchstmenge (K-Tipp 1.12.21). Beide Stoffe sind giftig für Menschen.

- Wie setzt der Bundesrat die LRV-Grenzwerte durch?
- Wie wird er die Bevölkerung kurzfristig, nicht erst 2031, besser vor Giftstoffen der Zementindustrie schützen?

21.8108 Aebischer Matthias. Durchgehend 60 km/h auf der N5 am linken Bielerseeufer

Auf der N5 (3. Klasse) zwischen Vingelz/Biel bis zum Eingang des Ligerztunnels werden Schwerverkehr, Transitverkehr, Privatverkehr und Veloverkehr auf einer Fläche geführt. Alleine auf diesen etwa 6 km wechselt die Höchstgeschwindigkeit 9 Mal. Dies führt zu einem unübersichtlichen Stop-and-go, welches für alle Verkehrsteilnehmer sehr gefährlich ist. Aus sicherheitstechnischen Gründen wäre ein Durchgehend-60 km/h auf dieser Strecke sicher zielführend.
Kann der Bundesrat dies veranlassen?

21.8109 Klopfenstein Broggini. Klimakrise: für eine enge Arbeit zwischen Wissenschaft und Politik

Der neue, am 9. August 2021 erschienene Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist alarmierend. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern, dass die Behörden den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mehr Gehör schenken und ihre Handlungen eher von Daten abhängig machen als ausschliesslich von wirtschaftlichem Druck.

Wie beabsichtigt der Bundesrat, von einfachen politischen Impulsen zur Einbeziehung präziser und konkreter Indikatoren überzugehen, die auf wissenschaftlicher Expertise fussen?

21.8110 Pointet. Windkraftanlagen sind Vogelkiller. Und was ist mit der Infrastruktur und den Hauskatzen?

Wegen Fensterscheiben sterben mehr Vögel als in Windkraftanlagen, und trotzdem wird keine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangt!

- Wie viele Vögel sterben in der Schweiz jedes Jahr durch menschliche Infrastrukturen (Gebäudefenster, Stromleitungen, Windkraftanlagen), Fahrzeuge oder Hauskatzen?
- Gibt es Statistiken darüber?

21.8117 Clivaz Christophe. Eine bereichsübergreifende Koordination für die Biodiversität innerhalb der Bundesverwaltung?

Der Bundesrat schreibt in der Antwort auf meine Interpellation 21.4308, dass die Koordination der klimarelevanten Geschäfte innerhalb der Bundesverwaltung vom Interdepartementalen Ausschuss Klima (IDA-Klima) gewährleistet wird. Doch auch der Schutz und die Förderung der Biodiversität stellen bereichsübergreifende Herausforderungen dar.

Ist der Bundesrat bereit, dafür eine vergleichbare interdepartementale Struktur zu schaffen?

Falls ja, wie beabsichtigt er vorzugehen?

Falls nein, warum nicht?

21.8120 Müller-Altermatt. Ist der Intercity-Halt Oensingen nur Fake oder halten da auch Züge?

Der (ohnehin nur stündliche) Intercity-Halt Oensingen wird bei Verspätungen und Baustellen über die Bahn 2000-Strecke umfahren. In jüngerer Zeit tritt das geradezu inflationär auf und sorgt jeweils für den Komplettausfall des ÖVs in der Region.

- Wie viele Intercity wurden in den letzten Jahren umgeleitet und hielten nicht in Oensingen?
- Wie geht diese Entwicklung weiter?
- Ist der Bundesrat der Meinung, dass mit diesem chronischen Umfahren das ÖV-Angebot in der Region noch gewährleistet ist?

21.8125 Pult. Aufsicht der SUST Kommission

Die Kommission der SUST beaufsichtigt den Untersuchungsdienst, genehmigt die Schlussberichte und leitet die Qualitätssicherung.

- Wird die Kommission ihrerseits auch beaufsichtigt?
- Wenn ja, wie und durch welches Aufsichtsorgan?
- Wenn nein; wie ist es zu rechtfertigen, dass eine ausserparlamentarische Kommission, deren Untersuchungsergebnisse eine für Betroffene erhebliche - insbesondere juristische - Tragweite haben können, nicht beaufsichtigt wird?

21.8139 Schläpfer. Erleichterte Bewilligungen Wasserkraft

Der Bundesrat zieht erleichterte Bewilligungen beim Bau von Windrädern und den Zubau von Wasserkraft in Erwägung. Die Windenergie verspricht in der Schweiz nicht sehr hohe Erträge, die Wasserkraft allerdings schon. Ausserdem fällt die Windenergie nicht regelmässig an.

- Wird er bei Bewilligungen beide Technologien gleich behandeln?
- Werden die Erträge der beiden Technologien bezüglich Strommangellage berücksichtigt?
- Werden die Restwassermengen der Stauseen nach unten angepasst?

21.8140 Schläpfer. Energiegewinnung; technologieoffene Ausschreibungen

In seiner Botschaft vom Juni 2021 erwägt der Bundesrat technologieoffene Ausschreibungen erst, wenn sich bis spätestens 2030 abzeichnet, dass der Zubau in der Wasserkraft nicht erreicht werden kann.

- Findet der Bundesrat nicht, dass dieser Zeithorizont reichlich spät ist?
- Beinhaltet diese Formulierung auch AKWs der neusten Generation?
- Ist der Bundesrat bereit, dafür eine allfällige Gesetzesänderung in die Wege zu leiten?

21.8141 Schläpfer. Erleichterte Bewilligungen Windkraft

Der Bundesrat zieht erleichterte Bewilligungen beim Bau von Windrädern und den Zubau von Wasserkraft in Erwägung. Die Windenergie verspricht in der Schweiz wegen der ungünstigen Topographie nicht sehr hohe Erträge und gefährdet die Biodiversität, z.B. Vogelschlag und Bodenaustrocknung.

- Wird bei einer Bewilligung berücksichtigt, dass die Rotoren der Windräder nach etwa 20 Jahren als Sondermüll enden werden?
- Wird die Energieversorgungssicherheit oder die Biodiversität höher gewichtet?

21.8143 Christ. Anwendungen von Genomeditierung

Im Ständerat meinte Bundesrätin Sommaruga: "Die neuen Technologien werden heute (...) vor allem dort verwendet, wo es um die Entwicklung von herbizidresistenten Pflanzen geht"

- Auf welche Daten/Studien stützt sich der Bundesrat bei dieser Aussage?
- Spielt Herbizidtoleranz bei Anwendung und Forschung zu Genomeditierung nicht eine untergeordnete Rolle gegenüber veränderten Inhaltsstoffen, Ertrag oder Krankheits-/Schädlingsresistenz?
- Was sagt die umfassende Studie der EU-Kommission aus diesem Jahr dazu?

21.8144 Egger Kurt. Konsultation über die mögliche Laufzeitverlängerung von Atomreaktoren in Frankreich unter der Espoo Konvention

Demnächst soll in Frankreich eine öffentliche Anhörung zur Laufzeitverlängerung der 900 MW-Reaktoren in Tricastin eröffnet werden. Italien hat bereits im Sommer eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung UVP gefordert.

- Wird die offizielle Stelle für grenzüberschreitende UVP im BAFU eine Beteiligung der Schweiz einfordern?
- Führt die Schweiz bilaterale Gespräche mit der französischen Atomaufsicht über die Laufzeitverlängerungen in Frankreich?

21.8160 Studer. Solarstrom vom Trottoir - auch in der Schweiz?

Die Stadtverwaltung von Barcelona hat schon einen Photovoltaik-Bodenbelag installiert. Einen 25 Meter langen Solarweg gibt es auch in Utrecht, Niederlanden sowie eine Zufahrtsstrasse in Ungarn. Genaue Berechnungen fehlen anscheinend noch.

- Gibt es in der Schweiz schon Gedanken oder Projekte zu dieser Möglichkeit, dass Solarmodule auch für Bodenbeläge verwendet werden können?
- Was hält der Bundesrat von dieser Idee?

21.8172 Hurni. Beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Kampagne des Nuklearforums Schweiz?

In seiner Stellungnahme vom 24. November 2021 weist der Bundesrat darauf hin, dass die Schweiz in internationale Netzwerke im Bereich der Kernspaltungs- und Kernfusionsforschung eingebunden ist.

Unterstützt der Bund in der Schweiz Programme oder Kampagnen wie jene des Nuklearforums finanziell?

21.8181 Python. Die SBB wollen ab 2025 auf Glyphosat verzichten. Welche Massnahmen müssen ergriffen werden?

In der Antwort auf die Interpellation 21.3477 schrieb der Bundesrat, als erfolgsversprechende Alternative zur chemischen Vegetationskontrolle bei Gleisanlagen der SBB hätten sich bauliche Massnahmen und elektrische Verfahren bestätigt.

- Um welche Massnahmen und Verfahren handelt es sich genau?
- Was steht ihrer Einführung und der Einführung thermischer Verfahren im Wege?
- Innert welcher Frist sind diese Massnahmen und Verfahren als Ersatz für synthetische Herbizide anwendbar?

21.8187 Masshardt. Kann der Bundesrat sagen, ob die Verbreitung bzw. die Konzentration von Chlorothalonil-Metaboliten im Schweizer Grundwasser signifikant abgenommen hat?

Der Bundesrat schreibt auf die Ip. 21.4324, bis Ende Jahr werde die landesweite Situation für die beiden wichtigsten Metaboliten, R417888 und R471811, auf der BAFU-Website aufgeschaltet sein.

Kurz vor Jahresende:

- Kann der Bundesrat sagen, ob die Verbreitung beziehungsweise die Konzentration von Chlorothalonil-Metaboliten im Schweizer Grundwasser signifikant abgenommen hat?
- Wird er auch transparent über die Verbreitung bzw. die Konzentration von weiteren Chlorothalonil-Metaboliten informieren?

21.8190 Schlatter. Was tut der Bundesrat, um eine zusätzliche Schwächung der Schweizer Wälder und Schutzwälder durch einen übermässigen Ammoniak-Eintrag endlich zu verhindern?

Auf meine Frage 21.8029 zur "Glasgow leaders' declaration on forest and land use" antwortet der Bundesrat, er wolle sich einsetzen, Waldverluste und Landdegradation bis 2030 zu stoppen. In der Schweiz führen überhöhte Ammoniak-Einträge zu einer Überdüngung der Wälder in allen Höhenlagen (Beeinträchtigung des Baumwachstums; Minderung der Resistenz gegen Trockenheit/Krankheitserregern). Angesichts der Klimaerhitzung ist diese zusätzliche Schwächung unbedingt zu vermeiden. Was tut der Bundesrat?

21.8200 Giezendanner. Legitimität Schweizerische Verkehrsperspektiven 2050

Der Schlussbericht Schweizerische Verkehrsperspektiven 2050 vom 16. November 2021 und seine Szenarien nehmen politische Entscheidungen vorweg und bekommen implizit rechtsverbindlichen Charakter.

Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde dieser Bericht erstellt und wer hat diesen Bericht letztendlich verabschiedet?

21.8207 Ryser. Gleis-Ausbau für Fernverkehrszüge nach München

Mit dem Postulat 19.3006 hat sich der Bundesrat bereit erklärt, sich bei den zuständigen Behörden in Deutschland für die Infrastruktur auf der Linie von St. Gallen nach München für einen dichteren Takt einzusetzen. Zur Zeit plant Bayern im Raum Pasing-Eichenau einen Ausbau auf drei Spuren, obwohl auch das deutsche Bundesverkehrsministerium einen Ausbau auf vier Spuren für einen dichten Fernverkehrstakt als wichtig erachtet. Wie setzt sich der Bundesrat für einen vierspurigen Ausbau ein?

21.8208 Pointet. Rote Listen: Was bringen sie überhaupt?

In der Antwort auf die Frage 21.8000 hiess es, die rote Liste - die aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse erstellt wird - sei nur eines von mehreren Elementen, um das nötige Schutzniveau festzulegen.

- Wie rechtfertigt es der Bundesrat, dass eine Tierart auf der roten Liste steht, dies aber als nicht schwerwiegend genug angesehen wird, um das absichtliche Töten dieser Tiere zu verbieten?
- Auf welche anderen Kriterien stützt sich der Entscheid, ob eine auf der roten Liste aufgeführte Art jagdbar bleibt?

21.8209 Pointet. Bau von Geschäften in den Bahnhöfen: unterschiedlich grosse Flächen

Artikel 39 Absatz 1 des Eisenbahngesetzes (EBG) regelt die Einrichtung von Nebenbetrieben zu kommerziellen Zwecken auf Bahnhofgebieten. Die zahlreichen Verdichtungsprojekte auf Bahnhofgebieten, die derzeit von SBB Immobilien entwickelt werden, profitieren von sehr unterschiedlich dimensionierten Bewilligungen für kommerzielle Betriebe, was zu grossem Druck, ja sogar zu unlauterem Wettbewerb im lokalen Handel führt.

Gibt es Kriterien, mit denen sich das "Bahnhofgebiet" objektiv definieren lässt?

Falls ja, welche sind es?

Falls nein, weshalb nicht?

21.8231 Clivaz Christophe. Massnahmen zum Schutz des Klimas und zum Schutz der Biodiversität. Synergien gezielt stärken dank Monitoring

In seiner Antwort auf die Frage 21.7912 schreibt der Bundesrat, die Massnahmen zum Schutz des Klimas und zum Schutz der Biodiversität hätten einen starken Zusammenhang. Das sehen auch der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) und der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) so. Dennoch erklärt der Bundesrat, es gebe dazu bei Projekten in der Schweiz bisher kein Monitoring.

- Was sind die Gründe dafür?

- Wann könnte ein solches Monitoring eingeführt werden, damit die Synergien zwischen den Massnahmen zum Schutz des Klimas und zum Schutz der Biodiversität gezielt verstärkt werden könnten?

21.8234 Weber Céline. Rückerstattung von Billetten für Nachtzüge

Bei Nachtzügen sehen die gemeinsamen Annullationsbedingungen der ÖBB und der SBB für Strecken innerhalb von Europa eine Rückerstattung von 0 % bei einer Annullaion am Gültigkeitstag selbst, von 50 % bis 6 Tage davor und von 100 % bis 14 Tage davor vor. Wäre es in Zeiten der Pandemie nicht denkbar, dass sich die Bahngesellschaften, so wie bestimmte Fluggesellschaften auch, grosszügiger zeigen?

21.8237 Umbricht Pieren. Roadmap Elektromobilität - eigene Agenda der Verwaltung?

Am 3. Dezember gab das UVEK an einer digitalen Veranstaltung seine Ziele zur "Roadmap Elektromobilität" für 2025 bekannt. Das Marktziel für elektrisch aufladbare Fahrzeuge wurde kurzfristig und einseitig auf 50 Prozent erhöht. Bislang galten 40 Prozent.

- Wurde die Erhöhung des Marktziels vorgängig mit den Automobil-Importeuren diskutiert?
- Warum publiziert Ch. Schreyer (BFE) diese nicht abgesprochenen Ziele auf LinkedIn?
- Wie soll dieses Ziel ohne die Unterstützung der Branche erreicht werden?

21.8239 Arslan. Frontalangriff des Bundes auf Radio X

Ende 2024 laufen die vom Bund erteilten Konzessionen der privaten Radios und Fernsehen aus. In der Vernehmlassung wird vorgeschlagen, das künftige Sendegebiet von Radio X um mehr als die Hälfte zu verkleinern. Folge davon wären eine kräftige Subventionskürzung sowie Einnahmenverluste. Dadurch würde die Arbeit von Radio X in vielen Bereichen, insb. aber bei der Mehrsprachigkeit aufs massivste gefährdet. Ist der Bundesrat bereit, von dieser Kürzung Abstand zu nehmen und den Status quo beizubehalten?

21.8249 Markwalder. EU-Anerkennung von ECM-Zertifikaten schweizerischer Zertifizierungsstellen in Gefahr?

Die European Union Agency for Railways (ERA) zieht offenbar in Erwägung, ECM-Zertifikate von Schweizer Zertifizierungsstellen nicht mehr anzuerkennen. ECM ist die Zertifizierung für die Instandhaltung des Rollmaterials (Entitiy in Charge of Maintenance) und Teil des Landverkehrsabkommens (LVA) Schweiz-EU.

- Inwiefern sieht der Bundesrat die Anerkennung von ECM-Zertifikaten als gefährdet an und was unternimmt er dagegen?
- Kann er sich allenfalls auf die multilaterale COTIF berufen?

Finanzdepartement**21.8116 Farinelli. Staus wegen der Schliessung von Grenzübergängen?**

Offenbar kommt es im Zuge der Schwerverkehrskontrollen der italienischen Behörden beim Grenzübergang Brogeda zu starken Verzögerungen, was erhebliche Staus auf schweizerischem Gebiet verursache. Dafür werde dann ein Pannestreifen der Autobahn zum Halten genutzt, was den Verkehr behindere.

- Ist diese Problematik dem Bundesrat bekannt?
- Falls nicht, was gedenkt er zu tun, um sie aufzuklären und zu lösen?

21.8146 Andrey. Wie ermittelt die SNB die "Schweizer Werte", um Anlageentscheide zu treffen?

Die SNB verzichtet neu in Unternehmen zu investieren, welche primär Kohle abbauen. Laut Nationalbank basiert diese Anlage-Entscheidung auf den Werten der Schweiz. Unter Einbezug welcher Grundlagen und mit welchen Prozessen und Gremien stellt die SNB sicher, dass einerseits die Identifikation dieser Schweizer Werte und andererseits die Prüfung der Geschäftsmodelle der investierten Unternehmen evidenzbasiert, systematisch und damit nachvollziehbar erfolgt?

21.8147 Andrey. Warum äussert sich die Eidgenössische Finanzverwaltung nicht zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Artenverlusts?

Die EFV hält in ihrem Bericht zu den Langfristperspektiven fest, dass neben dem demographischen Wandel auch der Klimawandel zu den grössten Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen gehören wird. Sie erwartet eine Einschränkung des finanzpolitischen Handlungsspielraumes.

Warum äussert sich die EFV nicht zu den finanziellen Folgen des Biodiversitätsverlustes, obwohl international inzwischen alle namhaften Beratungsunternehmen und Rückversicherer eindringlich vor diesen Kosten warnen?

21.8149 Dandrès. Zollfreilager: Antrieb für Spekulationen?

Zollfreilager sind an Spekulationen auf dem Kunstmarkt beteiligt. Es gilt folgender Grundsatz: Wenn ein Kunstwerk das Zollfreilager nicht verlässt, wird es nicht besteuert, ausser, so scheint es, es wird für eine Ausstellung verliehen. Die Person, die das Werk verleiht, zieht daraus jedoch einen Vorteil: Indem ihr Werk ausgestellt wird, gewinnt es an Wert.

Kann der Bundesrat diese Praxis bestätigen, angeben, ob sie häufig angewendet wird und ob er sich dafür einsetzen will, dass die Wertsteigerung bei Kunstwerken ordentlich besteuert wird?

21.8189 Schlatter. Frontex: Setzt sich die Schweiz aktiv für die Verbesserung der Menschenrechtssituation ein?

Kann der Bundesrat bestätigen, dass sich die Schweiz im Rahmen ihrer Verwaltungsratssitze bei Frontex einsetzt für:

1. Die Einstellung von mehreren Dutzend Menschenrechts-Beobachterinnen und -Beobachtern?
2. Die Transparenz und Zugänglichkeit von Dokumenten?
3. Die Einrichtung einer eigenen EU-Seenotrettung?
4. Den Rücktritt des Direktors Leggeri und Einschränkung der Kompetenzen des zukünftigen Direktors oder der zukünftigen Direktorin?

21.8196 Badertscher. Schuldenerlass im Tschad - was tut die Schweiz?

Der Tschad hat im Rahmen des Common framework for Debt Treatment Schuldenerleichterungen beantragt. Im Communiqué der G20-Finanzminist vom Oktober 2021 ist im Rahmen dieses framework erwähnt, dass insbesondere die privaten Gläubiger im Tschad nachdrücklich zum Handeln aufgefordert sind. Gemeint ist Glencore, das Gläubiger für 98 % der Schulden des Tschad ist.

Da Glencore eine Schweizer Firma ist, stellt sich die Frage, inwiefern sich die offizielle Schweiz einsetzen wird um eine Lösung zu finden?

21.8224 Addor. Tragen der Dienstwaffe ausserhalb der Arbeitszeit: Hat die Eidgenössische Zollverwaltung kein Vertrauen mehr in ihre Mitarbeitenden?

Seit Mai 2021 besteht ein historisches Recht des Grenzwachtkorps nicht mehr: Ausser auf dem Weg zur Arbeit oder zum privaten Schiesstraining dürfen die Angestellten der EZV ihre persönliche Dienstwaffe nicht mehr ausserhalb der Dienstzeiten tragen.

- Ist diese Änderung der Dienstordnung auf die mit dem Transformationsprogramm DaziT verbundene Integration von Personal zurückzuführen, das nicht über die Ausbildung zur Grenzwächterin oder zum Grenzwächter verfügt?
- Zeigt sich darin nicht ein Mangel an Vertrauen in diese Personen?

21.8230 Schneeberger. Anpassung des Fahrplans zur Umsetzung von "Basel III Final" in der Schweiz?

In der Antwort auf die Frage 21.8076 schreibt der Bundesrat, dass das Inkrafttreten von "Basel III Final" "im Laufe des Jahres 2024 vorgesehen" ist. Auf der Website des SIF steht dagegen als Zeitpunkt immer noch der 1. Januar 2023. Es ist nicht klar, wie der Fahrplan aktuell aussieht.

- Wann ist die Inkraftsetzung konkret geplant und mit welcher anschliessenden Einführungsfrist rechnet der Bundesrat?
- Ab wann müssen, Stand heute, die Banken erstmals nach neuer ERV Eigenmittel unterlegen und melden?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

21.8112 Suter. Anteil ungeimpfter und geimpfter Personen auf Intensivstationen in der Veröffentlichung der täglichen Coronazahlen ausweisen

Ist der Bundesrat bereit zu veranlassen, dass bei den täglichen veröffentlichten Coronazahlen immer ausgewiesen wird, wie viele ungeimpfte Menschen auf den Intensivstationen liegen bzw. verstorben sind, diese Zahlen denjenigen der geimpften Erkrankten bzw. Verstorbenen gegenüberzustellen sowie diese Zahlen in Relation zu setzen zur Anzahl der insgesamt Geimpften bzw. Ungeimpften?

Wenn ja: Ab wann?

Wenn nein: Warum nicht?

21.8119 Cattaneo. Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Armee, den Zivilschutz und den Zivildienst: Wo stehen wir?

Für einen jungen Menschen stellt der Militärdienst einen wichtigen Schritt zur Integration dar.

- Was wird heute unternommen, damit Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, Militärdienst zu leisten?
- Wie werden Menschen mit Behinderungen in den Zivilschutz und den Zivildienst integriert?

21.8132 Riniker. Fake News und Mittel der Desinformation bezüglich Evaluationsprozess des neuen Kampfflugzeugs

Airbus hat bestätigt, dass sie ein Dokument mit Kritik am Evaluationsprozess für ein neues Kampfflugzeug vorbereitet haben. Darin sind falsche Informationen enthalten. So heisst es, "der Auswahlprozess ist nicht objektiv, beinhaltet formale und inhaltliche Fehler, wurde nachträglich verändert und unterschlägt Teil-Ergebnisse".

Was hält der Bundesrat davon, dass unterlegene Anbieter mit Fake News und Mitteln der Desinformation nachträglich den politischen Prozess zu beeinflussen versuchen?

21.8142 Kamerzin. Covid-19 und Intensivbetten

Eines der Hauptprobleme der Coronakrise ist die Verfügbarkeit von Betten auf den Intensivstationen. Das ist einer der Faktoren, der zu erheblichen einschränkenden Massnahmen führt.

- Wie hoch war die Anzahl der Intensivbetten in der Schweiz zu Beginn der Krise (März 2020) und wie hoch ist die Anzahl heute?
 - Wurde die Kapazität der Intensivbetten während der Coronakrise erhöht?
- Falls nicht, weshalb nicht?

21.8203 Hess Erich. Anzahl Covid-19-Patienten in Spitalpflege: Vergleich heute mit Vorjahr

Die ausserordentliche Lage wird unter anderem mit der hohen Belastung der Spitäler begründet. Gemäss vorliegenden Zahlen waren vor einem Jahr am Höchstwert 4087 Personen hospitalisiert, heute (7.12.2021) sind es lediglich 1641. Davon auf der Intensivstation befinden sich aktuell 265 Personen, im Vorjahr waren es 557 Personen. Aus welchen Gründen soll sich das Gesundheitssystem heute am Anschlag befinden?

21.8151 Steinemann. Wie viele Triagen sind wirklich erfolgt?

Bis Ende November 2021 mussten keine heiklen Entscheide in den Spitälern getroffen werden, so die Antwort auf 21.8060. Danach konnten alle Patienten, die einen IPS-Platz benötigten, einen solchen belegen. Inzwischen melden sich etliche Spitalvertreter und Experten via Medien zu Wort, wonach sogenannte "Triagen" drohen würden.

- Wie ist die Lage nun im Dezember?
- Wie viele Triagen wurden im Dezember 2021 vorgenommen?

21.8195 Seiler Graf. F-35: Ist die Tarnkappeneigenschaft für den Luftpolizeidienst in Friedenszeiten zulässig?

- Erhält der F-35-Tarnkappenbomber in Friedenszeiten die Zulassung für Einsätze im zivilen Luftraum mit aktiver Stealth-Eigenschaft?
- Wie wird sichergestellt, dass der F-35 für den zivilen Radar erkennbar und identifizierbar ist?
- Müssen Lüneburgerlinsen angebracht werden?
- Wann dürfen die Lüneburgerlinsen abgebaut werden?
- Entscheidet die Schweiz beim F-35 allein über den Lüneburgerlinsen-Einsatz oder reden die USA mit?
- Ist in Friedenszeiten die Verwendung des Mode 5 Transponders vorgeschrieben?

21.8197 Addor. F-35: Kompensationsgeschäfte auf Kosten des Bundes?

Laut Medienberichten erklärt sich bei den Kompensationsgeschäften die Differenz von 700 Millionen Franken zwischen den am 26. November 2021 bekanntgegebenen 2,9 Milliarden und den vom Parlament beschlossenen 3,6 Milliarden (d. h. 60 % der vereinbarten 6,035 Milliarden) unter anderem durch direkt vom Bund vergebene Aufträge. Trifft das zu?

Und wenn ja, verletzt dieses Vorgehen nicht den Parlamentsbeschluss, demgemäss es ausländische Unternehmen sind, die zu Kompensationsgeschäften zu verpflichten sind?

21.8198 Addor. F-35: Entsprechen die Kompensationsgeschäfte dem Parlamentsbeschluss?

1. Nachdem die Beschaffungskosten auf 6,035 Milliarden Franken nach oben korrigiert worden sind: Warum belaufen sich die am 26. November 2021 bekanntgegebenen Kompensationsgeschäfte auf 2,9 Milliarden (48 %) und nicht auf 3,6 Milliarden, das heisst auf die vom Parlament beschlossenen 60 Prozent?
2. Bisher weiss man von direkten Kompensationsgeschäften im Umfang von 1 Milliarde Franken (wovon - fast - ausschliesslich Deutschschweizer Unternehmen profitieren): Können die vom Parlament beschlossenen Anteile für die Industrien in der französischsprachigen Schweiz (30 %) und der italienischsprachigen Schweiz (5 %) eingehalten werden?

21.8223 Addor. Umfang der Impfpflicht im VBS

In ihrer Antwort auf meine Frage 21.8016 hat die Chefin des VBS gesagt, es sei nicht vorgesehen, die für die Berufsmilitärs des Kommandos Spezialkräfte (unter Androhung der Entlassung) bestehende Impfpflicht auf andere Armeeangehörige auszuweiten. Wie verhält es sich beim übrigen Personal des VBS, insbesondere bei den Angestellten des Nachrichtendienstes des Bundes?

21.8236 Glarner. Verbleib der Beatmungsgeräte

Die Eidgenossenschaft hat zu Beginn der Pandemie eine grosse Zahl von Beatmungsgeräten gekauft - hierzu stellen sich folgende Fragen:

- wie viele Geräte wurden beschafft?
- zu welchem Preis?
- wie viele Geräte sind in Schweizer Spitälern installiert und wirklich in Betrieb?
- wie viele Geräte wurden eingelagert?
- wo sind die restlichen Geräte?

21.8242 Büchel Roland. Neues Framework des IOC verwischt Grenzen zwischen den Geschlechtern. Was unternimmt der Bundesrat, damit Frauen nicht benachteiligt werden?

Am 16. November 2021 veröffentlichte das Internationale Olympische Komitee (IOC) sein Rahmenpapier "Framework for transgender athletes". Dort wird u.a. festgehalten, dass gebürtige Männer künftig in den Frauenkategorien teilnehmen können sollen.

- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Frauen an olympischen Sportanlässen künftig nicht benachteiligt werden?
- Wie wird Swiss Olympic in diese Entscheidungsfindung eingebunden?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**21.8111 Umbricht Pieren. Ist Praxiserfahrung für PH-Dozenten nicht unabdingbar?**

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass es zulässig ist, wenn PH-Dozenten und PH-Lehrpersonen nicht mindestens drei Jahre als Klassenlehrer tätig gewesen sind, bevor sie ihr Amt ausüben?

Und wenn nein, wieso nicht?

- Wäre es nicht sinnvoll, analog zur Ausbildung von Polizisten praktische Berufserfahrung vorauszusetzen?
- Inwiefern kann der Bund in dieser Thematik Einfluss nehmen, zumal die Bildung in diesem Bereich ja in erster Linie in der Kompetenz der Kantone liegt?

21.8114 Gutjahr. Sollten "ewige Studenten" zur Rückzahlung von obsoleten Stipendien verpflichtet werden?

- Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat in Bezug auf eine Kostenbeteiligung der Studierenden, das Verhalten der Studierenden dahingehend zu beeinflussen, dass mehrfache Wechsel des Studiengangs eingeschränkt werden?
- Ab dem wie vielen Wechsel des Studiengangs sollten Stipendien und sonstige Kosten für abgebrochene Studien zurückbezahlt werden?
- Hat der Bundesrat einen Überblick über die Höhe der Folgekosten von abgebrochenen Studien?

21.8115 Gutjahr. Funktioniert der Wissens- und Technologietransfer auch für kleine KMU?

- Wie können (namentlich kleinere) KMU mittels Wissens- und Technologietransfer (WTT) einen konkreten Nutzen für ihre weiteren Geschäftstätigkeiten erreichen?
- Kann ein KMU mit einem konkreten Problem (z.B. im Bereich Werkstoffe) eine konkrete Unterstützungsleistung im WTT-Bereich beziehen?
- Wie verschafft sich der Bundesrat einen Überblick über die kantonalen Umsetzungsprogramme im WTT-Bereich?
- Wie wären die Kostenfolgen solcher Verbesserungen?

21.8123 Locher Benguerel. Ist die KV-Reform 2023 für schulisch-organisierte Grundbildung (SOG) umsetzbar?

Die SOG ist ebenfalls Teil der KV-Reform.

Ist der Zeitplan der Umsetzung einzuhalten, weil:

- das Umsetzungskonzept erst 2022 folgt?
- diverse Modelle umgesetzt werden müssen?
- keine verbindliche Lektionentafel vorliegt?
- die Fachlehrpersonen zu Handlungskompetenz vermittelnden Coaches weitergebildet werden müssen?

Wie könnte der Zeitplan angepasst werden, damit die Umsetzung für die SOG-Anbieter erfolgreich sein kann?

21.8124 Locher Benguerel. Schwächt die KV-Reform die BM1?

Abschlussnoten von BM1-Absolvierenden (BOG/SOG) werden gemäss den Vorgaben nicht mehr im EFZ anerkannt.

- Wie kann sichergestellt werden, dass Absolvierende der Berufsmaturität nicht benachteiligt werden, wenn sie nebst BM-Prüfungen zusätzlich EFZ-Abschlussprüfungen ablegen müssen?
- Leidet die Attraktivität der BM1 unter der Reform, da EFZ-Leistungsziele zusätzlich zu den BM-Zielen erreicht werden müssen?
- Ist dadurch die von Bund und Kantonen gewollte Förderung der BM1 generell in Gefahr?

21.8133 Fivaz Fabien. Werden die Assoziierungskosten für Horizon in die Höhe schnellen?

Israel und die Europäische Union haben das Assoziierungsabkommen für Horizon Europe (2021-2027) unterzeichnet. Dabei wurden die Finanzierungsbedingungen verschärft: Wenn der assoziierte Staat 8 Prozent mehr Mittel als die Höhe seines Beitrags erhält, muss er diesen zusätzlichen Betrag finanzieren.

- Berücksichtigt das Horizon-Paket 2021-2027, das 2020 vom Parlament bewilligt wurde, diese möglichen Zusatzkosten?
- Wie hoch wäre der zusätzliche Beitrag, wenn diese Bedingung auf die Schweiz zutreffen würde?

21.8134 Marti Samira. Wer finanziert die digitale Plattform KONVINK für die KV-Reform?

Die Firma ectaveo als Projektmanagerin hat die digitale Plattform KONVINK für die Umsetzung der KV-Reform für verbindlich erklärt.

Wer finanziert KONVINK, wenn diese Plattform für die Weiterbildung von Lehrpersonen durch die Kantone obligatorisch lizenziert werden muss?

21.8145 Friedl Claudia. SECO und das FPIC-360 ° Projekt

Der Infrastruktur-Bericht der Gesellschaft für bedrohte Völker zum Amazonasgebiet ist exemplarisch für die häufige Missachtung der vorherigen, freien und informierten Zustimmung (FPIC) betroffener indigener Gemeinschaften.

- Wie wird das vom SECO mitfinanzierte Instrument FPIC 360° im Rahmen der SECO-Koordinationsstelle zur Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Infrastrukturprojekten gefördert?
- Wie plant das SECO das Instrument FPIC 360° bei den Akteuren des Privatsektors bekannt machen?

21.8178 Baumann. Ist der Bundesrat bereit, bis in 10 Jahren nur noch den Absatz von Produkten einer bodenbewirtschaftenden, standortangepassten und nachhaltigen Landwirtschaft zu fördern?

Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 21.7963, dass Wachstumsimpulse im Bereich der Landwirtschaft von der Nachfrage ausgehen müssten und dass der Bund diese unterstütze, etwa in Form von Absatzförderung.

Ist der Bundesrat bereit, gestützt auf Artikel 104 und 104a der Bundesverfassung die Absatzförderung anzupassen und bis in 10 Jahren nur noch den Absatz von Produkten einer bodenbewirtschaftenden, standortangepassten und nachhaltigen Landwirtschaft zu fördern?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum?

21.8193 Python. Endokrine Disruptoren: Inwiefern wird bei den Zulassungsgesuchen die Qualität der durchgeführten Abklärungen überprüft?

Auf meine Frage 21.7891 antwortete der Bundesrat, dass die für die Prüfung und die Zulassung zuständigen Stellen gegebenenfalls die Qualität der durchgeführten Abklärung überprüfen können.

- Wie viele Male pro Jahr wurde dies in den letzten zehn Jahren durchschnittlich gemacht?
- Für wie viele Studien insgesamt war dies der Fall?
- Wo kann der erwähnte Leitfaden eingesehen werden?

21.8201 Roduit. Sachlage bei der Gewährung von Vorschüssen (Art. 17d Covid-19-Gesetz)

Im Zuge der Änderung des Covid-19-Gesetzes haben beide Kammern zugestimmt, die Bestimmung in Artikel 17d zur Gewährung von Vorschüssen bis Ende 2022 zu verlängern. Welche Schritte gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um sicherzustellen, dass diese Massnahme der Öffentlichkeit bekannt gemacht und in den Kantonen gegebenenfalls auch umgesetzt wird?

21.8210 Pointet. Elektronisches Inventar zur Wasserversorgung: Fristen und Resultate?

In der Antwort auf meine Frage 21.8032 schreibt der Bundesrat, die Kantone müssten ein elektronisches Inventar der Wasserversorgungsanlagen, Grundwasservorkommen und Quellen, die sich für die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung eignen, erstellen.

- Bis wann müssen die Kantone dieses Inventar erstellen?
- Berücksichtigen sie auch andere Wasserquellen?
- Wie weit sind die einzelnen Kantone mit diesem Inventar?

21.8214 Gafner. Strommangellage (1)

Bei einer Strommangellage kann es sein, dass der Strom für Teilnetze abwechselnd abgestellt wird. Das heisst, diese Teilnetze sind dann etwa 4h ohne Stromversorgung. Bei einem Blackout kann der Versorgungsunterbruch länger dauern.

- Welcher Einfluss hat ein 4-stündiger Stromausfall auf die Tierhaltung in der Landwirtschaft, bei extremen Aussentemperaturen (heiss/kalt)?
- Muss da auf Grund ausgefallener (Lüftungs-)Systemen mit Tierverlusten gerechnet werden?

21.8215 Gafner. Strommangellage (2)

Bei einer Strommangellage kann es sein, dass der Strom für Teilnetze abwechselnd abgestellt wird. Das heisst, diese Teilnetze sind dann etwa 4h ohne Stromversorgung. Bei einem Blackout kann der Versorgungsunterbruch länger dauern.

Gibt es Bereiche in der Lebensmittelproduktion, die für längere Ausfalls Zeiten zwingend mit Notstrom versorgt werden müssten, damit grosse Lebensmittelverluste und Tierleid verhindert werden können und dies heute noch nicht der Fall ist?
Wenn ja, welche?

21.8229 Fridez. Kontrolle des Verkaufs von Pestiziden an Privatpersonen: Was unternimmt der Bundesrat?

Der Kanton Jura hat eine Kampagne zur Kontrolle des Verkaufs von Pestiziden an Privatpersonen in 14 Verkaufsstellen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass 20 % der Produkte nicht gesetzeskonform sind und dass Käuferinnen und Käufer bei der Beratung zu umweltschädlichem Verhalten veranlasst werden.

- Ist der Bundesrat über diese Studie informiert und wie beurteilt er sie?
- Welche Massnahmen müssen gemäss der Antwort auf 20.4586 ergriffen werden, wenn das LwG und das ChemG in diesem Fall hohe Bussen und Freiheitsstrafen vorsehen?

21.8240 Keller Peter. Ist die Struktur des ETH-Rats überladen?

Der ETH-Rat umfasst derzeit 11 Mitglieder und 56 Stabsmitarbeiter.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die gegenwärtige Struktur des ETH-Rats zeitgemäss und adäquat ist?
- Welche Kompetenzen hat er zur Kontrolle der Tätigkeiten und zur Festsetzung der Entschädigungsansätze der ETH-Rat-Mitglieder und ihrer Stabsmitarbeiter?
- Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien führt der Bundesrat seine Wahl des Präsidiums und der Mitglieder des ETH-Rats durch?

21.8241 Keller Peter. Sind die Entschädigungen des ETH-Rats angemessen?

Der ETH-Rat hält in der Regel fünf Sitzungen pro Jahr ab und erhält dafür über 430 000 Franken Entschädigungen.

- Sind die Entschädigungen des ETH-Rats angemessen?
- Welche Kontrolle hat der Bundesrat über die Tätigkeiten (bezüglich Zielvereinbarungen, Zuteilung von Bundesmitteln, Wahlgeschäften, Vorbereitung von Wahlen, periodischem Reporting, jährlicher Berichterstattung, jährlichen Gesprächen, internem Audit) und Entschädigungsansätze der ETH-Rat-Mitglieder und ihrer Stabsmitarbeiter?

21.8246 Trede. Gibt es Anwendungsaufgaben von PSM, die weder auf Grund von Aufzeichnungen noch mit Pflanzenproben auf ihre Einhaltung überprüft werden können?

Laut Bundesrat (21.7360) sei die Laboranalyse von Pflanzenproben wesentlich effektiver als die Aufzeichnungen der Landwirte, da eine falsche oder verbotene Anwendung von PSM unabhängig von den Aufzeichnungen erkannt werden könne. Studien aus Deutschland zeigen jedoch, dass 50 Prozent der Landwirte die Auflagen zur Anwendung von PSM nicht einhalten.

Erlässt der Bund Anwendungsaufgaben, die weder mit Aufzeichnungen noch mit Pflanzenproben auf ihre Einhaltung überprüft werden können?
Wenn ja, welche?

21.8248 Bertschy. Warum erlässt die Zulassungsbehörde für die Anwendung von Pestiziden Auflagen, deren Einhaltung die Kantone realistischweise nicht kontrollieren und durchsetzen können?

Im PSM-Verzeichnis wurden die Auflagen für das hochtoxische und umweltschädliche Herbizid Adengo angepasst (www.psm.admin.ch/de/produkte/6736). Es ist sehr giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung und kann vermutlich das Kind im Mutterleib schädigen. Zum Schutz des Grundwassers darf man nicht mehr als 60 g des darin enthaltenen Wirkstoffs Isoxaflutole pro Hektar auf derselben Parzelle innerhalb von 3 Jahren anwenden.

Wie können die Kantone die Einhaltung dieser Auflage überprüfen?

21.8250 Wettstein. Tsunami in der Veranstaltungsbranche. Was tut der Bundesrat?

Aufgrund der aktuellen COVID-Situation erlebt die Veranstaltungsbranche einen regelrechten Tsunami. Gemäss Branchenorganisationen wurden bis zu 90 Prozent der Aufträge für Dezember und auch weit in das erste Quartal hinein innert Wochenfrist annulliert oder "verschoben".

- Was tut der Bundesrat, um die unverschuldet getroffenen Unternehmen rasch und unbürokratisch zu unterstützen?

- Ist er bereit, die hohen Zugangshürden zu Erwerbsersatz und Härtefallregelung in der aktuellen Notlage abzubauen?

21.8251 Rytz Regula. Wie weiter mit der Unterstützung von Arbeitnehmenden, KMU und Selbständigen in der COVID-Pandemie?

Die Pandemie-Lage bleibt angespannt. Aus diesem Grund wird das Parlament die Verlängerung der wirtschaftlichen Unterstützungs-Massnahmen bis Ende 2022 beschliessen.

- Wie genau wird der Bundesrat die Beschlüsse umsetzen?

-- Werden Verordnungen angepasst?

-- Welche?

-- Und wann?

-- Wird das Härtefallprogramm in den Kantonen weitergeführt?

-- Wie?

-- Werden zusätzliche Mittel beschlossen?

- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die hart getroffenen Branchen (Event, Tourismus usw.) bei Bedarf Soforthilfe erhalten?